

Gegen die Wohnungsnot.

Mustergültige Maßnahmen einer Stadtgemeinde.

Während neuerdings wieder Gerüchte durch das Land gehen, als ob der neue Reichskommissar für das Wohnungswesen sich zur Bekämpfung der Wohnungsnot doch noch mit dem Gedanken an recht zweifelhafte Maßnahmen trüge, wie die Beschränkung der Freizügigkeit und die Zwangseinquartierung der Bevölkerung, hat die Stadt Magdeburg eine Reihe von praktischen Arbeiten in die Wege geleitet, die unter den obwaltenden Umständen als ein vielversprechender Anfang und als nachahmenswertes Beispiel gelten können. Dort war bis zum Juli d. J. die Zahl der unvernieteten Wohnungen auf 80, bei einer Gesamtzahl von 73 315 gesunken. Wenn auch somit hier die Verhältnisse besonders dringlich waren, so kann doch ohne weiteres gesagt werden, daß man in Berlin mindestens ebenso sehr Veranlassung hat, endlich aus dem Stadium der Beratungen heraus und in das der wirklichen Arbeit zur Bekämpfung der Wohnungsnot hineinzutreten.

Zunächst hat in Magdeburg das Veierteilungsamt sich ständig bemüht, Umzüge zu verhüten und damit die Nachfrage nach Leerwohnungen einzuschränken. Gleichzeitig wurden aber auch beträchtliche Summen zur Herstellung eigener Kleinwohnungen zur Verfügung gestellt, und die Arbeit unverzüglich in Angriff genommen. So wurden sechs ältere Schulgebäude, die für Unterrichtszwecke nicht mehr in Frage kommen sollen, zu Kleinwohnungen in der Art umgebaut, daß durch Ziehung von Teilwänden aus jedem Schulklassenraum eine Wohnstube mit Wohnküche hergerichtet wurde. Damit gewann man 60 Wohnungen zu 2, 3 und 4 Räumen. Aus dem Material eines während des Krieges außer Betrieb gesetzten Strandbades an der Elbe wurden 16 Wohnungen zu je 2 Räumen geschaffen, die auf eine Bestandsdauer von etwa 15 Jahren berechnet sind. Und auf drei städtischen Grundstücken wurden 24 Neubauten mit je 8 Wohnungen von 3 Räumen in Angriff genommen, wodurch weitere 192 Kleinwohnungen in 3 verschiedenen Stadtteilen gewonnen werden. Die Bauten sind eingeschossig mit massiven Fronten, die Zwischenwände aus Gipssteilungen hergestellt. Ein kleiner Garten steht zur Bewirtschaftung zur Verfügung. Ein Teil dieser Kriegsbeheltswohnungen ist bereits fertiggestellt und bezogen. Bis zum 1. Oktober sind 270 Kleinwohnungen durch die Stadt auf diese Weise neu geschaffen.

Weitere Baupläne sehen auf städtischem Gelände für die Dauer berechnete Hochbauten mit Kleinwohnungen vor, deren Zahl hierdurch um 750 erhöht werden kann. Mit diesen Bauten hofft man im Frühjahr 1919 beginnen zu können. Endlich ist durch eine Milderung der baupolizeilichen Bestimmungen die Freigabe von etwa 130—150 meist in Dachgeschossen liegenden Räumen zunächst auf die Dauer von zehn Jahren erfolgt.

Die Stadt Magdeburg ist aber über die Grenze dieser Tätigkeit noch hinausgegangen, indem sie versucht hat, die gesamte Magdeburger Industrie zur Mithilfe in der Förderung des Kleinwohnungsbaues heranzuziehen. Eine Rundfrage hat den Erfolg gehabt, daß zahlreiche Industriefirmen sich bereit erklärt haben, entweder eigene Kleinwohnungen für ihre Arbeiter zu bauen, oder sich bereits bestehenden gemeinnützigen Baugenossenschaften anzuschließen. Mit diesen Baugenossenschaften ist die Stadt in Verbindung getreten und hat ihnen die Hergabe preiswerten städtischen Baulandes in Erwerb oder Erbpacht, Ermäßigung der Straßenliegerkosten, Unterstützung in der Beschaffung von Baulosten und Arbeitskräften und die Hergabe von zweiten Hypotheken zu billigem Zinsfuß in Aussicht gestellt.

Durch alle diese Maßnahmen ist der Beweis geliefert, daß man sehr wohl auf diesem schwierigen Gebiet zu recht erheblichen und vor allen Dingen zu baldigen Erfolgen gelangen kann, wenn man sich kurz entschließt, das Nächstliegende in Angriff zu nehmen und die Schwierigkeiten nicht noch durch die Brille bürokratischer Nengstlichkeit in vergrößerten Umrissen sieht.